



Foto: Christian v. Polentz www.transitfoto.de

Die Tarifrunde im Kfz-Handwerk gestaltet sich schwierig. Die IG Metall will Arbeit und Einkommen sichern.

Kfz-Branche im Fokus

ZÄHES RINGEN UM NEUE TARIFE

Mit dem neuen Jahr nimmt die Tarifrunde im Kfz-Handwerk an Fahrt auf. Die Arbeitgeber von der Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kfz-Handwerk wollen mikroskopisch kleine Tarifierhöhungen und »sichere Beschäftigung«, sagen aber nicht, wie. Die IG Metall will Einkommen, Jobs und Standorte sichern.

Am liebsten würden sie weniger zahlen. Diesen Eindruck vermitteln die Arbeitgeber von der Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kfz-Handwerk der IG Metall. »In den Sondierungsgesprächen und Tarifverhandlungen zeigt sich: Eine Einigung ist noch weit entfernt«, sagt IG-Metall-Verhandlungsführer Peter Friedrich. Das Angebot lautet: Die Samstagsregelung bei der Arbeitszeit in Berlin-Brandenburg soll der sächsischen angepasst und damit verschlechtert werden. Sie bieten 300 Euro Einmalzahlung für Berlin und Brandenburg, für Sachsen 150 Euro. Das Entgelt soll ab 1. Mai bei einer Laufzeit von zwölf Monaten in Berlin-Brandenburg um 0,5 Prozent für Angestellte und um 1,25 Prozent für gewerbliche Ar-

beitnehmer steigen. Auszubildende bekommen 20 Euro Plus sowie 100 Euro Urlaubsgeld.

Warum ist ein Konsens so schwierig? »Sichere Arbeitsplätze sind wichtig. Darauf verweisen die Arbeitgeber, wollen sich aber

nicht weiter festlegen. Wir aber fordern auch eine verlässliche Einkommensentwicklung«, sagt Friedrich. Was ihn extrem stört: Ginge es nach den Arbeitgebern, würde es neben der Ost-West-Ungleichheit künftig auch eine Nord-Süd-Trennung geben – einseitige Nachteile für Arbeitnehmer inklusive.

sagt Peter Friedrich und rechnet vor: Die Vergütungsgruppe IV in Sachsen liegt derzeit bei 1961 Euro und soll nach Vorstellungen der Arbeitgeber ab 1. Mai 2010 auf 1986 Euro steigen. Die Lohngruppe 5 in Brandenburg stieg von 1850 auf 1873 Euro. Also Angleichung adieu. »Nein«, sagen die Metaller. Ihre Forderungen sind: Sichere Arbeitsplätze und ein verlässliches Einkommensplus. Die Arbeitgeber sollen bei den Entgeltverhandlungen Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung auf den Tisch legen. Die nächste Gelegenheit dazu haben sie am 10. Februar in Dresden. ■

Marlis.Dahne@igmetall.de



MACHT MIT

Kfz-Tarifverhandlungen

Die Arbeitgeber wollen die Realeinkommen der Beschäftigten drücken, indem sie die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern. Ist es richtig, dies wegen der Krise zu akzeptieren?

Schreibt uns eine E-Mail:

► peter.friedrich@igmetall.de
 ► marlis.dahne@igmetall.de

Teile und herrsche? In Mecklenburg-Vorpommern beträgt das Entgelt eines vergleichbaren Facharbeiters jetzt 1998 Euro. Denn nach einem früheren Tarifabschluss stieg das Entgelt dort ab 1. Januar 2010 um zwei Prozent, für eine Laufzeit von drei Monaten. »Abgeschlossen hat das die gleiche Tarifgemeinschaft, die sich uns gegenüber jetzt einmauert«,

► www.igmetall-bbs.de
 → Aktuelles

SIS nicht hinausdrängen

KREATIVER PROTEST

Ein grauer Montagvormittag in Berlin – und die Metaller des IT-Dienstleisters SIS unternahmen einen Spaziergang in Spandau. Sie wollen sich nicht aus dem Siemens-Konzern drängen lassen.

»Abspaltung« im Dezember 2009, »Ausgliederung als eigenständiger Betrieb im Siemens-Konzern« ab Juli 2010 – kann jemand erklären, was das eigentlich heißt? Das Begriffs-Wirrwarr bewirkte jedenfalls eines: Die Beschäftigten des IT-Dienstleisters SIS sind alarmiert. Sie befürchten das Aus für 390 hochqualifizierte Arbeitsplätze.

»SIS muss bei Siemens bleiben.« Mit dieser Botschaft gingen Siemens-Beschäftigte am 18. Januar bundesweit an die Öffentlichkeit. In Berlin äußerten sie ihren Protest bei einem gemeinsamen Spaziergang in Spandau.

»Wir fürchten, dass es nach der Ausgliederung aus der Siemens AG weitergeht und die Beschäftigten mit Personalabbau und verschlechterten Beschäftigungsbedingungen konfrontiert werden«, brachte der Leiter des IG Metall-Vertrauenskörpers im Betrieb, Burkhard Schaper, die Sorgen der Beschäftigten auf den Punkt.



Spaziergang vor dem Siemens-Verwaltungsgebäude in Berlin-Spandau

Erst denken, dann handeln, das gilt auch für Siemens, sagt die IG Metall und kritisiert den jahrelangen Zick-Zack-Kurs, der den SIS-Beschäftigten zugemutet wurde: Erst Eingliederung in den Siemens-Konzern, jetzt wieder Ausgliederung, und was kommt dann? Bedenklich ist, dass bisher für SIS kein Geschäftsmodell

vorgestellt wurde und ganz offensichtlich nicht alle Fakten auf dem Tisch liegen. »Das ist aber der Job, den das Management jetzt endlich machen muss, anstatt Kunden und Beschäftigte zu verunsichern«, sagte Irene Schulz von der IG Metall-Verwaltungsstelle Berlin. ■

Marlis.Dahne@igmetall.de

ZEITARBEIT



Metaller gegen Lohndiskriminierung in Zeitarbeit

Weg mit dem Ostabschlag

Zeitarbeit bedeutet in Deutschland 2010: wenig Einkommen und ein fünf Mal höheres Armutsrisiko als bei Festangestellten. »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit« stößt oft auf taube Arbeitgeber-Ohren und lässt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich blass aussehen, stellt Bezirkssekretär Bodo Grzonka fest. Der tarifliche »Ostabschlag« benachteiligt Zeitarbeiter in Ostdeutschland zusätzlich. Der muss weg, und ein Mindestlohn muss her, sagt der Arbeitskreis Zeitarbeit. Eine Einigung bei den schleppenden Tarifverhandlungen, die im Februar weitergehen, ist nicht in Sicht. Die Zeitarbeiter fordern endlich faire Spesenregelungen und Aufwandsersatz sowie Branchen- und Mobilitätszuschläge. ■

Impressum

IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
Telefon 030-25 37 50-23,
Fax 030-25 37 50-25,
E-Mail: Marlis.Dahne@igmetall.de

Homepage:
www.igmetall-bbs.de
Verantwortlich:
Olivier Höbel
Redaktion:
Marlis Dahne

Stahlindustrie: Tarifliche Altersteilzeit steht

Arbeitnehmer in der ostdeutschen Stahlindustrie, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, können auch in den kommenden Jahren in Altersteilzeit gehen. Ein entsprechender Tarifvertrag ist zum Jahresbeginn in Kraft getreten. IG Metall und Arbeitgeber haben im Dezember vereinbart, die seit 2000 geltenden Regelungen unbefristet fortzuführen. »Damit wurden die Bedingungen der westdeutschen

Stahlindustrie eins zu eins übernommen«, sagte die für Stahl Ost zuständige Tarifsekretärin Jutta Ehlers.

Der Anspruch ist auf fünf Prozent der Beschäftigten eines Betriebs beschränkt. Es gibt einen Aufstockungsbetrag auf 85 Prozent des monatlichen Nettoentgelts. Damit haben die Tarifpartner die Möglichkeit geschaffen, dass Ältere vorzeitig zu vertretbaren finanziellen Kondi-

tionen aus dem Arbeitsleben ausscheiden können. Das macht den Weg frei für Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Leute. »Gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise bewährt sich die Altersteilzeit als eine Möglichkeit, Beschäftigung zu sichern«, sagte Olivier Höbel, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen. Nun sei die Politik gefordert, die Altersteilzeit auch gesetzlich zu regeln. ■

TERMINE

Rentenberatung und -anträge

■ **2., 9., 16. und 23. Februar, 16 bis 18 Uhr**, IG Metall-Haus, Raum E 05, Bernd Dimmey, Versichertenberater. Termine unter Telefon 31807860 abstimmen.

Seniorinnen und Senioren

■ **Mittwoch, 17. Februar, 10 bis 12 Uhr**, Infos zu Renten- und Sozialfragen, IG Metall-Haus, Raum 112.

■ **Montag, 22. Februar**, Mitgliedertreff bei »Alexandra« in Nottkes-Kieztheater. Restkarten: Telefon 5599312 oder 8611373.

■ **Mittwoch, 24. Februar, 14 Uhr**, Mitgliederversammlung: »Wie werden die Seniorinnen und Senioren in den Betrieben wirksam?«, IG Metall-Haus, Saal.

Seminare

■ **Mittwoch, 3. März**, Drohender Personalabbau als Betriebsänderung – Susanne Bunke, Richterin am Arbeitsgericht Berlin.

■ **Donnerstag, 4. März**, Wahlvorstandsschulung – Normales Verfahren (letztes Seminar) – Nils Kummert, Fachanwalt für Arbeitsrecht.

■ **Donnerstag, 18. März**, Arbeitsrechtliche Grundlagen und Beteiligungsrechte – Birgit Dietze, Rechtsanwältin.

Heute schon informiert?

Den Kontakt zur IG Metall Berlin, eine Fülle von Infos, Terminen und Neuigkeiten gibt's unter der folgenden Internet-Adresse:

www.berlin.igmetall.de

Impressum

IG Metall Berlin
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
Telefon: 030 – 253 87-147
Fax: 030 – 25 387-200
E-Mail: berlin@igmetall.de

Internet:
► www.berlin.igmetall.de
Redaktion: Klaus Abel
(verantwortlich)

Probleme? – »weitblick« hilft

DGB-NAHE TRANSFERGESELLSCHAFT

Mit einer Vermittlungsquote von 60 Prozent half die Transfergesellschaft »weitblick« in den letzten drei Jahren, Personalabbau in Berlin sozial(v)erträglich zu gestalten.

In Folge der Wirtschaftskrise geht in Belegschaften aller Branchen die Angst um, dass Arbeitsplatzabbau auch sie treffen könnte. Wenn alle Möglichkeiten erschöpft sind, stehen Betriebsräte vor der Herausforderung, das Beste aus der Situation zu machen und den Abbau von Arbeitsplätzen möglichst sozial(v)erträglich zu gestalten.

Transfergesellschaften bieten den betroffenen Beschäftigten immerhin eine längere Zeit der Absicherung und die Chance, mit professioneller Unterstützung den Blick auf neue Perspektiven am Arbeitsmarkt zu lenken.

»weitblick-personalpartner GmbH«, ein Tochterunternehmen

des Berufsbildungswerks (bfw) des DGB, berät seit vielen Jahren Betriebsräte bei der Einrichtung von Transfergesellschaften. In Berlin hat »weitblick« in den letzten drei Jahren 1000 betroffene Kolleginnen und Kollegen betreut.

Die Vermittlungsquoten sind sehr unterschiedlich. Im letzten Jahr hat »weitblick« eine Vermittlungsquote von positiven 60 Prozent erreicht. 90 Prozent aller Beschäftigten in den »weitblick«-Transfergesellschaften erhielten eine Qualifizierungsmaßnahme. Ziel ist es, den Kolleginnen und Kollegen bedarfsgerechte und individuelle Qualifizierungen anzubieten. Diese reichten in den letzten Jahren vom Bewerbungs-

training über Schweißerpässe bis hin zum Elektroniker für Automatisierungsanlagen.

»weitblick« ist als einziger gewerkschaftlicher Träger Gründungsmitglied im Bundesverband der Träger im Beschäftigtentransfer. Dieser wurde gegründet, um bei der wachsenden Zahl der Transferanbieter Qualitätsstandards bei der Durchführung von Transfergesellschaften zu gewährleisten. ■

Weitere Informationen zu »weitblick« gibt es bei Ines Bruns, Telefon 29362970, und im Internet unter:

► www.weitblick-personalpartner.de

1545 Jubilare wurden geehrt

Arno Hager dankte für die langjährige Treue zur IG Metall.

Auch 2009 konnte unsere Verwaltungsstelle 1545 Mitglieder als Jubilarinnen und Jubilare ehren. Eine Jubilarin wurde für ihre 80-jährige IG Metall-Mitgliedschaft zu Hause persönlich geehrt. 1014 Jubilarinnen und Jubilare mit 40-, 50- und 60-jähriger Mitgliedschaft waren zur zentralen Jubilarfeier in den Konzertsaal der Universität der Künste eingeladen. 530 Kolleginnen und Kolle-

gen wurden für ihre 25-jährige IG Metall-Mitgliedschaft in den Betrieben geehrt.

In seiner Festrede dankte der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Berlin Arno Hager allen Jubilarinnen und Jubilaren für ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft in der IG Metall und ihr gewerkschaftliches Engagement. »Ihr seid Vorbild, denn für euch war und ist nicht nur das eigene Ich, sondern

die Solidarität mit anderen ein wichtiger Teil eures Lebens«, betonte Arno Hager. ■

WAHLEN

Schwerbehinderte

Vom 1. Oktober bis 30. November sind die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben. Infos – zum Beispiel über eine Schulung für Wahlvorstände – gibt es bei Kollegen Stefan Soost, Telefon 25387-133/-134.

Übrigens: In der Verwaltungsstelle besteht seit vielen Jahren ein sehr aktiver Arbeitskreis »Menschen mit Behinderung«. Nähere Infos dazu gibt es unter www.berlin.igmetall.de. Für Interessenten: Mitmachen ist erwünscht.



IN KÜRZE

Verstärkung

Im Februar und März erhält das Team der IG Metall Verstärkung. Der Kollege Steffen Schmidt wird in Südbrandenburg ein Projekt begleiten. Ziel ist es, die Unterstützung von Betriebsräten in fünf ausgewählten Firmen zu intensivieren. Darüber hinaus soll die gewerkschaftliche Erschließung von bisher unorganisierten Betrieben vorbereitet werden. Steffen ist 47 Jahre alt, gebürtiger Thüringer und gelernter Werkzeugmacher. Bis 2008 war er Betriebsratsvorsitzender, zuletzt bei der NIER GmbH in Hohenlockstedt. Zusätzlich engagierte er sich ehrenamtlich bei der IG Metall Unterelbe-Elmsborn. Nach der Insolvenz seines Betriebes begann Steffen eine Qualifizierung zum Gewerkschaftssekretär. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen viel Erfolg bei der anspruchsvollen Arbeit in unserer Region.



Steffen Schmidt

Impressum

IG Metall Südbrandenburg
Leipziger Straße 8–12
03238 Finsterwalde
Telefon 0 35 31 – 50 78 78-0

IG Metall Cottbus
Ostrower Platz 20
03046 Cottbus
Telefon 03 55 – 38 0 58-0

Redaktion: Ralf Köhler (verantwortlich), Gabi Eichner

Solidarität ist nötig

MILCHWERK WIRD GESCHLOSSEN

Der Konzern Royal Friesland Campina N.V. hat angekündigt, den Produktionsstandort in Elsterwerda zu schließen.

Damit würden 351 Beschäftigte Mitte 2011 ihren Arbeitsplatz verlieren. Insgesamt drohe in der Region der Verlust von 1000 bis 2000 Arbeitsplätzen.

Das ist nicht hinnehmbar, nachdem das Werk in Elsterwerda in jüngster Vergangenheit mit erheblichen Fördermitteln der Landesregierung auf den neuesten technischen Stand gebracht und damit konkurrenzfähig gemacht wurde. Das Unternehmen Campina reiht sich in die Schar der Konzerne ein, bei denen das Profitstreben im Vordergrund steht und Rücksichtnahme auf die betroffenen Menschen keine Rolle zu spielen scheint.

Gesellschaftliche Verantwortung. Wer öffentliches Steuergeld in Anspruch nimmt, muss sich

damit auch einer dauerhaften sozialen Verantwortung stellen. Wir fordern den Konzern auf, dem Unternehmensstandort in Südbrandenburg eine nachhaltige Existenz zu sichern.

Unsere Solidarität gilt allen Campina-Beschäftigten sowie ihren Familien und darüber hinaus auch denen, deren Existenz indirekt von der Weiterführung der Produktion in Elsterwerda abhängt.

Politik ist gefordert. Jetzt ist eine gewerkschaftsübergreifende Solidaritätsbewegung nötig. Alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen und die Politik sind aufgefordert, gemeinsam und entschlossen um den Erhalt von Campina in Elsterwerda zu kämpfen. ■

Kündigungen bei Cesarion

Folgte Strafaktion, weil Ansprüche geltend gemacht wurden?

Mit Wut und Empörung reagierten fünf Kollegen aus der Firma Cesarion Metallguss GmbH in Finsterwalde. Ihr Arbeitgeber hatte ihre Arbeitsverhältnisse ohne nähere Begründung gekündigt. In der Firma wurde zu dieser Zeit kurz gearbeitet. Dass betriebsbedingte Kündigungen von der Geschäftsführung geplant waren, war dem Betriebsrat nicht bekannt. Auch haben die Betroffenen sich nichts zu Schulden kommen lassen, was eine Kündigung rechtfertigen würde. Was also hat die Geschäftsführung veranlasst, die Kündigungen auszusprechen? Eine Vermutung drängt sich auf: Die betroffenen Kollegen machen zur Zeit gegenüber dem Unternehmen arbeitsrechtliche Ansprüche geltend. Will der Arbeit-

geber mit dieser Aktion den übrigen Beschäftigten im Betrieb signalisieren: »Passt bloß auf, wer geltend macht, der fliegt«? Sehr viel spricht dafür, dass dem so ist. Die Kollegen wehren sich mit unserer Hilfe vor dem Arbeitsgericht Senftenberg gegen die Kündigungen. Diese verstoßen unserer Ansicht nach gegen das Maßregelverbot des Paragraphen 612a BGB. Zudem verfügen zwei Kollegen über besonderen Kündigungsschutz: Einer ist Mitglied im Wahlvorstand zur Wahl des neuen Betriebsrats, der andere ist Nachrücker des derzeit amtierenden Betriebsrats. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Diese Strafaktion wird die Mitarbeiter nicht davon abhalten, berechnete Forderungen zu stellen. ■

TERMIN

Schnupperseminar am 19. und 20. Februar

Wir laden interessierte Kolleginnen und Kollegen, die erstmals für ein Betriebsratsmandat kandidieren wollen, recht herzlich zu unserem Kurzseminar ein.

Dieses wird am 19. und 20. Februar ab Freitag 18 Uhr bis Samstag Nachmittag im Ratshotel Vetschau organisiert.

Ziel ist es, den potenziellen Kandidaten in entspannter Atmosphäre einen Überblick zu Beteiligungsrechten und Spielregeln der Betriebsverfassung zu geben. Welche Rechte und Pflichten man bei der Betriebsratsarbeit zu berücksichtigen hat und wie die Arbeit einer betrieblichen Interessenvertretung in der Praxis funktionieren kann, soll auf diesem Workshop besprochen werden.

Die Kosten für das Seminar und die Hotelunterkunft werden natürlich von der IG Metall übernommen.

Um verbindliche Anmeldung zu dem Seminar bis spätestens zum 11. Februar wird gebeten.

INTERVIEW

Drei Fragen – drei Antworten

Der Betriebsratsvorsitzende Rainer Schwäbisch von der Firma Wolffkran in Alteno bei Luckau antwortet auf die Fragen:

»Hat die derzeitige Wirtschaftskrise Einfluss auf eure Auftragslage? Wie geht ihr betriebsintern mit den Auswirkungen um?«

Das vollständige Interview findet ihr auf unserer Homepage www.suedbrandenburg.igmetall.de

FREIKARTEN

CeBIT und Hannover Messe

Auch 2010 können IG Metall-Mitglieder wieder kostenlos die Messen CeBIT und Hannover Messe besuchen.

Die Computermesse CeBIT ist vom 2. bis 6. März 2010 in Hannover. Der IG Metall-Infostand befindet sich in der Halle 5.

Auf der Hannovermesse vom 19. bis 23. April 2010 ist der IG Metall-Infostand in der Halle 6 zu finden.

Für beide Messen können Eintrittskarten kostenlos in unserer Verwaltungsstelle angefordert oder abgeholt werden.

TERMINE

Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

■ 9. Februar 2010

Vorbereitung der Aktionen zu den Betriebsrats-Wahlen 2010 und zum Internationalen Frauentag am 8. März in Prenzlau.

■ 23. Februar 2010

Infoveranstaltung in Eisenhüttenstadt

Nähere Informationen bitte unter 0335-554990 erfragen.

Impressum

IG Metall Ostbrandenburg
Gartenstraße 2
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon 03 35 - 55 49 90
Fax 03 35 - 54 97 34
E-Mail:
ostbrandenburg.igmetall.de

Internet:
► www.ostbrandenburg.igmetall.de
Redaktion: Peter Ernsdorf
(verantwortlich)

Gute Arbeit in Solarbranche

SOLARPROJEKT GESTARTET

In Ostbrandenburg boomt die Solarindustrie. Der bundesweite Trend macht sich in der Region bemerkbar und stellt die IG Metall vor besondere Herausforderungen. Die Redaktion sprach darüber mit dem Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Ostbrandenburg, Peter Ernsdorf.

Gute Arbeit ist trotz des Booms in der Solarbranche nicht selbstverständlich. Wie stellt Ihr Euch vor Ort auf und wie lassen sich erfolgreiche Konzepte entwickeln?

Ernsdorf: Wir begrüßen die Ansiedlungen in den Regionen der Verwaltungsstelle und den Beschäftigungsaufbau. In acht Solarbetrieben sind rund 2300 Menschen beschäftigt. Zwei Betriebsräte wurden bisher gewählt. In keinem der Betriebe existiert ein Tarifvertrag. Unser Ziel ist es, im Jahr 2010 zunächst das Thema Mitbestimmung, also die Betriebsratswahlen, anzugehen und gewerkschaftlich in den Betrieben präsenter und stärker zu werden.

Die Arbeitsbedingungen in der Solarindustrie gehen oft zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen. Mit welchen Strategien können Verbesserungen, beispielsweise gegen Lohndumping, umgesetzt werden?

Ernsdorf: Wichtig ist, dass die Beschäftigten wissen, dass die IG Metall, wenn sie im Betrieb sichtbar und zahlenmäßig vertreten ist, überhaupt erst in der Lage ist, Veränderungen durchzusetzen. Bis-



Peter Ernsdorf, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Ostbrandenburg

her ist jeder auf sich allein gestellt. Faire Arbeitsbedingungen und Einkommen, mit denen die Beschäftigten auskommen, werden nicht geschenkt.

Betriebsräte, IG Metall und Tarifverträge sind in der Solarbranche keine Selbstverständlichkeiten. Nicht selten ist von Widerständen in den Betrieben die Rede.

Ernsdorf: Wir reden von verbrieften Grundrechten. Betriebsräte werden in Kürze bundesweit in den Unternehmen gewählt. Deshalb muss dies auch Thema in der Solarindustrie sein. Warum sollten sich Beschäftigte in der Solar-

branche nicht in der IG Metall organisieren? Schließlich setzen sich die Arbeitgeber und Vorstände auch unter ein schützendes Dach ihres Solarverbandes. Tarifverträge sind in dieser Branche ein langfristiges Ziel.

Das Projekt Solarindustrie ist also ein Schwerpunkt in der Verwaltungsstelle und bietet Perspektiven für die IG Metall Ostbrandenburg?

Peter Ernsdorf: Wir wollen in den nächsten drei Jahren projekt- und prozessorientiert in den Betrieben mit den Beschäftigten an ihren Problemfeldern arbeiten. Die Durchsetzung demokratischer Grundrechte und die damit zu erwartende Mitgliederentwicklung stehen im Mittelpunkt. ■



HINTERGRUND

Betriebsratswahlen sind Teil unserer Demokratie. Wer sich gegen die Wahl von Betriebsräten stellt, stellt sich gegen die Demokratie – Betriebsratswahlen 2010.

Ist Schlecker denn eigentlich überall?

Leiharbeit spielt auch in Ostbrandenburg eine immer größere Rolle.

Ausgelöst durch die ständig steigende Zahl von Leiharbeitern in der Region gab es Anfang 2010 ein erstes Gespräch zwischen den Betriebsräten der Firma Randstad und dem Betriebsrat eines namhaften Herstellers von Solaranlagen in Ostbrandenburg.

Die Betriebsräte von Conergy und Randstad trafen erste Verhandlungen über eine engere Zusammenarbeit.

Rund zwei Drittel der Mitarbeiter in der Produktion der Firma Conergy sind Leiharbeitnehmer. Die Lohngruppeneinstufungen entsprechen oftmals nicht dem Anforderungsprofil der ausgeübten Tätigkeit.

Auch in anderen Betrieben der Solarbranche wird mit Leiharbeitern die Produktion gesichert. Die IG Metall Ostbrandenburg rät allen Leiharbeitnehmern, drin-

gend Kontakt mit der IG Metall aufzunehmen und sich beraten zu lassen. Für viele Leiharbeitnehmer, die wegen fehlender Tarifverträge schlecht bezahlt werden, ist eine Bezahlung durchsetzbar, die im Einsatzbetrieb üblicherweise gezahlt wird. ■

Mehr Informationen zur Leiharbeit unter:

► www.igmetall-zoom.de

AUSGEPLAUDERT

VON MANFRED ENDE

Bislang kennen wir den Fehlstart aus Laufdisziplinen in der Leichtathletik. Aber es gibt ihn nun auch in der Politik der schwarz-gelben Koalition. Kanzlerin Merkel, mit Scheuklappen geschmückt, hält trotzig an ihrem Stabilisierungskurs fest, der eine Steuersenkung vorsieht, die bei der wirtschaftlich katastrophalen Lage der Bundesländer einer Wüste Fata Morgana gleicht.

Da lassen sich, vom außenpolitisch in kurzen Hosen sprintenden Westerwelle abgesehen, selbst Mitläufer aus den eigenen Reihen zurückfallen, verlangen einen Neustart. Und das Publikum fröstelt nicht nur der kalten Jahreszeit wegen.

»Was ich sage, das zählt«, sagt der gelbe Westerwelle. Und nun zählen Harz IV-Empfänger, Arbeitslose, und gering Verdienende ihre verschwindenden Euros, weil wegen der Belastung der Kommunen die sozialen Einschränkungen unausbleiblich sind.

Eine beschleunigte Disqualifizierung der Erfinder des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ist angebracht, für Politiker wie Westerwelle und Merkel, die ihr Publikum getäuscht haben um, koste es was es wolle, Karriere zu machen. Oder waren sie gedopt?

Wie sonst sind die unrealistischen Versprechungen vor der Wahl zu erklären.

Aber sie werden sich, nach ausgiebigem Gezänk, einen schwarz-gelben Neustart gönnen. Ganz im Sinne ihres Amtseides »Schaden vom deutschen Volk abzuwehren.«

Oder muss es heißen »Schaden von den Reichen abzuwehren?« ■

Auszeichnung für Dietwald Wolf

ERHÄLT BUNDES-VERDIENSTKREUZ

Unser Kollege Dietwald Wolf erhielt am 18. Dezember 2009 das vom Bundespräsidenten, Professor Horst Köhler, verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der BRD. Es wurde ihm vom Sozialminister Brandenburgs, Günter Baaske, überreicht.

Der seit vielen Jahren gewerkschaftlich aktive Dietwald Wolf wurde damit für seine verschiedenen ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen, gewerkschaftspolitischen und christlichen Bereich geehrt.

Insbesondere seine Arbeit als Mitglied des Vorstands der Rentenversicherung für die Versicherten fand somit eine gebührende Würdigung und Anerkennung.

Auch in vielen anderen Bereichen war der gelernte Dreher und ehemalige Ingenieur aus dem LEW Hennigsdorf aktiv. So baute er nach 1990 als IG Metall in seinem Betrieb eine Arbeitnehmerorganisation auf, war Betriebsrat und Mitglied der Tarifkommission.

Wir gratulieren unserem Kollegen Dietwald Wolf sehr herzlich. ■



Hartz IV: Widerstand zahlt sich aus

Erstattungs-Rückzahlungsbescheide werden erst nach rechtlicher Überprüfung vollzogen.

In den Ausgaben vom Mai 2006 und November 2007 hatten wir uns kritisch zur diskriminierenden Behandlung von Langzeitarbeitslosen im SGB II hinsichtlich der sofortigen Vollziehbarkeit von Verwaltungsakten auseinandergesetzt.

Bei jedem anderen Bürger wird ein Verwaltungsakt erst nach rechtlicher Überprüfung wirksam, nicht so bei von Hartz IV-Betroffenen. Wir haben 2007 in Schreiben

an die damals zuständigen Arbeitsminister Ziegler und Münterfering die neue Rechtslage kritisiert. In unserer Beratungspraxis haben wir Widersprüche und Klagen gegen Erstattungs-, das heißt Rückzahlungsbescheide mit sofortiger Leistungskürzung mit Kritik an der Diskriminierung Langzeitarbeitsloser auch in der Anwendung von Rechtsmitteln verbunden. So ist offensichtlich vielerorts gehandelt worden. Nun hat der Ge-

setzgeber mit der Präzisierung des entsprechenden Paragraphen 39 SGB II reagiert. Erstattungs-Rückzahlungsbescheide werden auch für Langzeitarbeitslose erst dann vollzogen, wenn sie rechtlich durch Widerspruch und Klage überprüft worden sind.

In der Gesamtsicht auf Hartz IV ein kleiner Erfolg für Betroffene, aber einer, der uns auch in anderen Problemfeldern Mut machen sollte. ■

In vier Betrieben wird verhandelt

Angleichung von Ost an West ist auf der Tagesordnung.

In vier Betrieben der Region laufen oder starten zur Zeit Tarifverhandlungen. Bei Bardusch in Falkensee sowie Semperlux in Zachow konnte in ersten Verhandlungen noch keine grundlegende Annäherung an die Tarifverträge ihrer Konzernunternehmen erreicht werden. Mit Nachdruck geht es weiter. In Brück haben die Mitglieder von Paul Hartmann eine betriebliche Tarifkommission

gewählt: Zweck ist die Anpassung von Ost an West. Ein betrieblicher Innovationsprozess, auch mit dem Ziel einer tariflichen Erfolgsbeteiligung der Beschäftigten, wird bei Alu-Druckguss in Brieselang eingeleitet.

Es zeigt sich: Gute wirtschaftliche Voraussetzungen oder Krisenbewältigung, beides kann der Auslöser zur Sicherung tariflicher Werte für die Zukunft sein. ■

Impressum

IG Metall Oranienburg,
Fontanesiedlung 13
16761 Hennigsdorf
Telefon 033 02 – 50 57 20
Fax 033 02 – 50 57 770
E-Mail:
oranienburg@igmetall.de
IG Metall Potsdam,
Breite Straße 9 A,
14467 Potsdam,
Telefon 03 31 – 20 08 150
Fax 03 31 – 20 08 15 15
E-Mail:
potsdam@igmetall.de

Redaktion: Bernd Thiele
(verantwortlich)

Vertrauen ist gut – Betriebsrat ist besser

IN 45 BETRIEBEN
WIRD GEWÄHLT

Manche Arbeitgeber halten sich selbst für den besten Betriebsrat. Aber wer im Betrieb schon mal Probleme hatte, weiß wie wichtig eine starke Arbeitnehmervertretung ist.

»In Betrieben mit mindestens fünf Arbeitnehmern werden Betriebsräte gewählt«, heißt es in Paragraph 1 des Betriebsverfassungsgesetzes. Diese klare Bestimmung sieht in der Realität jedoch ganz anders aus. Obwohl ein Betriebsrat gesetzlich vorgeschrieben ist, gibt es Tausende von Betrieben ohne Arbeitnehmervertretung. Was in großen Betrieben in der Regel selbstverständlich ist, hat in Handwerksbetrieben noch Seltenheitswert.

Vom Arbeitgeber darf man da nichts erwarten. Für die Wahl ist er nicht verantwortlich. Allerdings muss er die Wahl zulassen und darf sie nicht behindern. Tut er das, macht er sich sogar strafbar. Und ist ein Betriebsrat gewählt,

dann muss er mit diesem auch zusammenarbeiten und seine Rechte anerkennen. Für die Beschäftigten im Betrieb ist das sehr wichtig: Viele Rechte gibt es nur, wenn sie vom Betriebsrat wahrgenommen werden. Gibt es keinen Betriebsrat, kann der Chef nach Gutsherrenart entscheiden. Das gefällt vielen Arbeitgebern natürlich besser. Daher kommt es immer wieder vor, dass Betriebsratswahlen behindert oder im Sinne des Arbeitgebers beeinflusst werden.

Turnusmäßig stehen jetzt Neuwahlen für die Betriebsräte an. Die Wahlvorstände konnten bei der IG Metall an einer Schulungsveranstaltung teilnehmen. Wie leicht sich der Arbeitgeber Fehler zunutze machen kann, zeigte sich kürzlich bei Fiberboard in Baruth: Für kurze Zeit war ein

Mitglied des Wahlvorstands allein im Raum mit der Wahlurne. Schon hatte der Arbeitgeber einen Grund, die Wahl beim Arbeitsgericht anzufechten. Jetzt muss die Wahl wiederholt werden.

Sobald der Wahlvorstand die Wahl öffentlich bekannt macht, können Wahlvorschläge (Listen) eingereicht werden. Werden mehrere Vorschläge eingereicht, erfolgt eine Listenwahl. Dabei kann der Wähler nur eine Liste ankreuzen und die vorderen Kandidaten sind gewählt. Solche Listenwahl gab es bei der letzten Wahl nur bei Rolls-Royce, Klenk und Translogistik.

Populärer ist meist die Personenwahl. Dabei stehen alle Kandidaten auf einer Liste, und der Wähler kreuzt die Namen an, die er für geeignet hält. Personenwahl gibt es nur, wenn sich alle Bewer-

ber auf eine gemeinsame Liste verständigen.

Im Betriebsrat sollen die verschiedenen Bereiche des Betriebes vertreten sein. Es sollten sich also möglichst aus allen Abteilungen und Berufsgruppen Kandidaten finden. Besonders sind auch junge Leute gefragt, denn man braucht immer auch Nachwuchs. Frauen sind mindestens mit dem gleichen Anteil im Betriebsrat vertreten wie auch in der Belegschaft.

Um die Unabhängigkeit des Betriebsrats zu sichern, gibt es Schutzrechte. Er darf nicht benachteiligt werden und hat einen besonderen Kündigungsschutz.

Letztlich ist immer wichtig: In den Betriebsrat gehören Leute, die sich für ihre Kollegen engagieren und auch mal einen Konflikt mit dem Arbeitgeber aushalten. ■

LETZTE MELDUNG

MBT soll schließen

Schlechte Aussichten für das Märkische Büromöbelwerk Trebbin: Zwar ist ein Investor aus Schweden gefunden worden, der in der insolventen Samas-Gruppe einsteigt. Dieser will jedoch das Trebbiner Werk nicht mit übernehmen. Die IG Metall wird sich weiterhin für die Aufrechterhaltung der Produktion mit 170 Arbeitsplätzen einsetzen.

Impressum

IG Metall Ludwigsfelde
Rathausstraße 2
14974 Ludwigsfelde
Telefon 033 78 – 80 49 17
Fax 033 78 – 80 49 19

Internet:
► www.ludwigsfelde.igmetall.de
Redaktion:
Hermann von Schuckmann
(verantwortlich)

Der Betriebsrat: das Bollwerk in der Krise

...aber er kann ein unfähiges Management nicht vor die Tür setzen.

Natürlich kann auch ein Betriebsrat keine Wunder vollbringen. Er kann aus einer schlechten Auftragslage keine gute machen.

Dass wir aber in Deutschland bisher mit viel weniger Entlassun-

gen durch die Krise gekommen sind als in allen anderen Industrieländern, liegt auch an der Einsatzbereitschaft der Betriebsräte. So können sie die Einführung von Kurzarbeit fordern und auf die ge-

rechte Verteilung unter den Betroffenen Einfluss nehmen. Sie können über Schichtpläne und Zeitkontenregelungen mitbestimmen oder die Anwendung des Tarifvertrags zur Beschäftigungssicherung verlangen. Sie verhandeln mit dem Arbeitgeber über Betriebsänderungen und können in einem sogenannten Interessenausgleich Schutzregeln vereinbaren.

Kommt es schließlich doch zu betriebsbedingten Kündigungen, so schließen sie einen Sozialplan mit Abfindungsregelungen ab. Gegebenenfalls veranlassen sie auch die Einrichtung einer Transfergesellschaft, in der die Gekündigten aufgefangen werden.

Betriebsräte haben für Hunderte die Arbeitsplätze gesichert. Nicht immer ist das jedem klar. ■



Erstmals veranstaltete unsere Jugend ein Volleyballturnier, an dem sich der Nachwuchs von Schaeffler und Mercedes beteiligte. Die Mannschaften gaben sich klangvolle Namen wie »Stückzahl schmiede« und »Senkhodenpendler«. Besonderer Dank gilt David Vollert von Schaeffler, der den Pokal gebaut hat. Der blieb in seinem Betrieb, denn Gewinner waren schließlich die „Ultras“ – ein Azubi-Team von Schaeffler, Luckenwalde.

TEXTILINDUSTRIE

Mehr Geld

Ab Februar steigen die Entgelte in den tarifgebundenen Textilbetrieben um 1,5 Prozent. Außerdem gibt es einen Festbetrag von 40 Euro. Das zusätzliche Urlaubsgeld steigt in diesem Jahr auf 280 Euro an.

Damit zeigt sich, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Tarifvertrag für die Arbeitnehmer eine Entwicklung ihrer Einkommen sichert.

BEITRAG

Anpassung erfolgt

Mit der Tarifierhöhung ab Februar wird bei den Mitgliedern in den tarifgebundenen Textilbetrieben der Beitrag entsprechend angepasst. Ein satzungsgemäßer Beitrag ist erforderlich, um den Anspruch auf die attraktiven Leistungen der IG Metall zu erhalten.

Darüber hinaus berechnen sich viele Leistungen, wie die Freizeit-Unfallversicherung nach der Höhe des Beitrages.

Wird die Tarifstufe verschoben, erfolgt die Beitragsanpassung entsprechend später.

Impressum

IG Metall Bautzen
Dr. Maria-Grollmuß-Straße 1
02625 Bautzen
Telefon 035 91 – 52 14-0
Fax 035 91 – 52 14 30
E-Mail:
bautzen@igematll.de

Internet:
● www.bautzen.igm.de
Redaktion:
Stephan Hennig
(verantwortlich)

Betriebsratswahlen 2010

MITBESTIMMUNG WAGEN

In der Mehrzahl der Oberlausitzer Betriebe gibt es ihn. Den Betriebsrat. Dort, wo man meint, ohne auszukommen, sieht es oft schlechter aus für die Arbeitnehmer.

In diesem Jahr stehen wieder die Wahlen der Betriebsräte an. In der Mehrzahl der Betriebe werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich ihre Interessenvertreter auf demokratische Art und Weise wählen. Sie werden dabei bewährte Kolleginnen und Kollegen erneut, aber sicher auch in dem einen oder anderen Fall neue Kandidatinnen oder Kandidaten für den Betriebsrat vorschlagen.

Wichtig ist, dass es eine Interessenvertretung der Beschäftigten gibt.

Die Erfahrungen der Wirtschaftskrise zeigen: In den Betrieben mit Betriebsrat wird zum Beispiel Kurzarbeit mit Qualifikierungsmaßnahmen vereinbart, gibt es eine Zuzahlung zum Kurzarbeitergeld. Sind dennoch Entlassungen unausweichlich, dann werden in einem Interessenausgleich und Sozialplan für die betroffenen Arbeitnehmer Abfindungen und weitergehende Vereinbarungen getroffen, um die sozialen Härten zu mildern. Ganz zu schweigen von der Sozialauswahl, die sicherstellt, dass bei Kündigungen soziale Kriterien entscheidend sind und es nicht nach der Nase geht.

Betriebsräte vereinbaren mit ihren Geschäftsleitungen auch Regelungen zur Schichtarbeit, zur Arbeitszeit und zu Pausen.

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz sind die Betriebsräte über Änderungen des Betriebs und der wirtschaftlichen Situation umfassend zu informieren. Sie entscheiden bei Einstellungen und wachen darüber, dass der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit eingehalten wird.

Natürlich kann ein Betriebsrat keine Wunder vollbringen. Das erwartet sicher auch niemand.

Aber die Beispiele zeigen: Ein Betriebsrat kann viel für die Ar-



beitnehmer erreichen. Und er setzt sich auch für das Unternehmen ein. Gerade die Betriebsratsmitglieder kommen oft aus den verschiedenen Bereichen des Betriebs. Wer kann besser wissen als sie, wo die Säge klemmt und wie Probleme gelöst werden können.

Davon profitieren zuallererst der Betrieb und auch die Beschäftigten, weil bei einer Stärkung des Unternehmens die Arbeitsplätze sicherer werden und vielleicht neue dazu kommen.

Trotz dieser in der täglichen betrieblichen Wirklichkeit bewiesenen Vorteile der Mitbestimmung, glauben manche Arbeitgeber, sie kommen ohne einen Betriebsrat besser aus.

Das zeugt weder von Weitsicht noch von Kenntnis und Umsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Während Geschäftsführer in Vereinbarungen mit dem Betriebsrat Regelungen treffen, müssen die Arbeitgeber in betriebsratslosen Unternehmen alles in Einzelvereinbarungen mit den Beschäftigten regeln.

Dass der Einzelne, ohne jeglichen Kündigungsschutz, dabei die schlechteren Karten hat, wenn es um die Verhandlung mit dem

Arbeitgeber geht, liegt auf der Hand und dürfte jedem einleuchten.

Wir wollen die diesjährigen Betriebsratswahlen nutzen und gerade die Beschäftigten in den Betrieben ohne Betriebsrat ermuntern, Mut zu fassen und einen Betriebsrat zu wählen.

Die Wahl und auch die Kandidaten sind vom Betriebsverfassungsgesetz geschützt. Keiner darf wegen der Kandidatur zum Betriebsrat entlassen werden.

Die Gewerkschaften loben in diesem Jahr erstmals den Mitbestimmungspreis aus.

Wir wollen damit Unternehmen anerkennen, in denen Mitbestimmung ernst genommen und gelebt wird. Aber auch gute Vereinbarungen der Betriebsräte können Anlass für eine Bewerbung sein. Welches Unternehmen letztendlich den Preis erhält, wird eine Jury entscheiden.

Mit dem Mitbestimmungspreis soll aber ganz bewusst deutlich gemacht werden, dass innovative Entwicklungen in Unternehmen, guter Lohn und Mitbestimmung sich nicht ausschließen müssen, sondern der Garant für den Erfolg des Unternehmens sind. ■

Erst engagiert, dann angeschnitten?

ÜBERNAHME MUSS SEIN

Erst für andere eingesetzt und dann rausgeflogen? Aktive Jugend- und Auszubildendenvertreter haben ein Recht auf unbefristete Übernahme. Der Gesetzgeber hat im Betriebsverfassungsgesetz dazu klare Regeln geschaffen.

Als Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) hat man viele Aufgaben zu erfüllen. Man muss überwachen, dass die Arbeitsgesetze eingehalten werden, muss ein offenes Ohr für Probleme der Auszubildenden haben, kämpft mit dem Betriebsrat für Verbesserungen in der Ausbildung und vieles mehr.

Dass es dabei nicht immer ganz harmonisch zugeht, ist klar. Schließlich vertritt die JAV die Interessen der Auszubildenden. Auch wenn es konkrete Konflikte zwischen Azubis und Ausbildern gibt, ist es die JAV, die mit ihrem

Gesicht auftritt und Zähne zeigt. Deshalb sind engagierte JAV-Mitglieder besonders geschützt. Laut Betriebsverfassungsgesetz, Paragraph 78 a, haben sie das Recht auf ein unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis,

wenn sie dies innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses schriftlich bei der Personalabteilung beantragen. Bevor die JAV das tut, sollte sie mit ihrem Be-

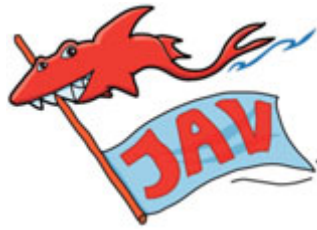
triebsrat sprechen, um sich Rat und Unterstützung zu holen. Hat die JAV den entsprechenden Antrag rechtzeitig gestellt, ist ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zustande gekommen. Will der Chef die JAV

auf keinen Fall übernehmen, dann kann er bis zwei Wochen nach Beendigung der Ausbildung beim Arbeitsgericht Widerspruch einreichen. Das Gericht muss in so einem Fall prüfen, ob das JAV-

Mitglied nicht im Betrieb weiterbeschäftigt werden kann. Spätestens wenn der Arbeitgeber das Arbeitsgericht anruft, sollte das betroffene JAV-Mitglied Kontakt mit der Verwaltungsstelle aufnehmen.

Die Gewerkschaftsjugend hat diesen gesetzlichen Übernahmeanspruch hart erkämpft und den JAVen für ihre Arbeit den Rücken gestärkt. Es ist nun nicht mehr möglich, JAVen für ihr Engagement im Betrieb mit der Verweigerung der Übernahme zu bestrafen. ■

Steffen.Reissig@igmetall.de



TERMINE

■ BR-Tagung

Betriebsrätetagung am 1. Februar, 14 Uhr, Gewerkschaftshaus, Jägerstraße 5-7 in Chemnitz

■ OJA-Sitzung

Sitzungen des Ortsjugendausschusses am 22. Februar, 17 Uhr, ZOB, Weststraße 8 in Chemnitz

■ Ortsvorstand

Sitzung des Ortsvorstands am 25. Februar, 12 Uhr, Gewerkschaftshaus, Jägerstraße 5-7 in Chemnitz

Impressum

IG Metall Chemnitz
Jägerstraße 5-7
09111 Chemnitz
Telefon 03 71 - 666 03-0

Internet:
► www.chemnitz.igmetall.de
Redaktion:
Mario John (verantwortlich)

Ortsvorstand plant wieder Prämierung

Engagierte Werberteams sind auch im Jahr 2010 gefragt.

Der Ortsvorstand will auch in diesem Jahr materielle Anreize für eine kontinuierliche Mitgliederwerbung in den Betrieben und Ausbildungsstätten setzen. »Diesen Auftrag haben wir aus der letzten Delegiertenversammlung mitgenommen und diskutieren im Moment die konkrete Umsetzung. Spätestens in der nächsten Delegiertenversammlung im März werden wir die Bedingungen für die Prämierung der er-

folgreichen Werberteams bekanntgeben«, ist sich Mario John, Erster Bevollmächtigter, sicher.

Im Ortsvorstand wurde bereits im vergangenen Jahr die Zielzahl für die Neuaufnahmen 2010 beschlossen. 650 neue Mitglieder sollen unter anderem die Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter in diesem Zeitraum gewinnen. Das ist einerseits ein ambitioniertes Ziel, andererseits wäre das Potenzial in der Re-

gion vorhanden. Rechnerisch müsste jedes Betriebsratsmitglied nur ein Mitglied im Jahr werben. Aber so einfach ist es nicht, weiß auch John. Er ist aber überzeugt: »Wer Tarifpolitik, Betriebs- und Gesellschaftspolitik erfolgreich gestalten will, muss die Mitgliederfrage zur »Chefsache« machen. Ob wir unsere Ziele dabei erreichen, hängt einzig und allein von der Kraft ab, die wir selbst in den Betrieben entwickeln.« ■



Prämierung der besten Betriebe bei der Mitgliederwerbung 2009

MELDUNG

Seminarangebote

Für die Planung der Seminare von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Jugend- und Auszubildendenvertretern sind noch Seminarprogramme in der Verwaltungsstelle erhältlich. ■

TERMINE

Orts-Jugend-Ausschuss

- 24. Februar, 17 Uhr
 - 24. März, 17 Uhr
 - 21. April, 17 Uhr
- Volkshaus Dresden, Schützenplatz 14, 01067 Dresden.
Auch alle Riesaer Jugendlichen sind herzlich eingeladen.



WICHTIG

13. Februar „Für ein Nazifreies Dresden!“

Dieses Jahr gibt es eine bunte Aktions-Landschaft verschiedener Bündnisse und Akteure, die sich gegen den Nazi-Aufmarsch engagieren. Wir unterstützen alle Initiativen und finden es wichtig, dass sich auch viele Dresdner Metallerrinnen und Metalller daran beteiligen. Infos unter: »Erinnern und Handeln«

► www.dgb-dresden.de

»Dresden gemeinsam blockieren«

► www.dresden-nazifrei.de

WIR BERATEN

Hast du keinen – wähl dir einen

Bei Fragen zur Betriebsratswahl 2010 ruft eure IG Metall vor Ort an. Wir stehen euch gern mit Rat und Tat zur Seite.

Impressum

Kooperationsverwaltungsstellen Dresden und Riesa
Telefon Dresden
03 51 – 86 33 200
Telefon Riesa
035 25 – 73 01 21

Redaktion:
Willi Eisele (verantwortlich)

Operation Übernahme

ABSCHLUSSPRÜFUNG UND DANN HARTZ IV?

8. Dezember 2009, 6 Uhr morgens am Werkort der BGH: Azubis trafen sich vor der Frühschicht, um Druck zu machen. Leider konnten nicht alle kommen, weil sie keine Freistellung von der Berufsschule hatten. Die Jugendlichen fordern aber im Namen aller: »Führt endlich die 24-monatige Übernahme auch bei uns ein.« Eine Woche vorher hatten sich die Azubis bereits getroffen, um Transparente zu malen, damit deutlich wird, worum es ihnen geht.



Zum Hintergrund: Rund 50 Prozent der Auszubildenden werden derzeit bundesweit nicht übernommen. 14,9 Prozent in der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen landen somit in der Jugendarbeitslosigkeit. Das heißt zugleich Jugendarmut: zunächst Arbeitslo-

Keine Übernahme nach der Ausbildung ist eine häufige Praxis, gegen die sich Azubis anfangen zu wehren: Eine erste regionale »Operation Übernahme«-Aktion gab es bei der BGH Edelstahl Freital GmbH.

sengeld I – 60 Prozent der Azubi-Vergütung. Und nach zwölf Monaten Hartz IV. Keine Übernahme bedeutet auch, dass man auf dem Arbeitsmarkt nicht mit den arbeitslosen Jungfacharbeitern mithalten kann, die Berufspraxis vorweisen können.

Am 8. Dezember 2009 gab es eine Besprechung zwischen allen Betriebsräten und Geschäftsführern der Standorte der »Bosch Gotthard Hütte« und der IG Metall. Ein Beschäftigungssiche-

rungstarifvertrag soll verhandelt werden. Eine Klausel davon ist die Einführung der 24-monatigen Übernahme der Azubis (angelehnt an den Flächentarifvertrag »Stahl Ost«). Bisher sah es mit der Übernahme der Azubis in der BGH Freital GmbH sehr mau aus.



Selbst die JAVis werden nicht einfach übernommen. So kann das nicht weiter gehen, finden die Azubis. Und deshalb machen sie sich stark - einerseits, indem sie das Werksgelände mit Transpis und OPÜ-Pappen verschönern. Andererseits trugen sie ihre Forderungen auch in der Besprechung vor.

Wie erfolgreich die Aktionen der Azubis waren, werden die Verhandlungen am 15. Januar 2010 zeigen. ■



Betriebsratswahl im Sachsenwerk

Abschlussklausur der Vertrauensleute war im Januar 2010.

»Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist der Schwerpunkt unserer Betriebsratsarbeit«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Thomas Jahn. »Dafür haben unsere Vertrauensleute die richtigen Kandidaten zur Betriebsratswahl aufgestellt.« Das Wichtigste ist aber, dass jeder Sachsenwerker zur Betriebsratswahl geht. ■



Vertrauensleute des Sachsenwerkes bewerten die Klausurtagung.

TERMINE

Mitgliederversammlung im Monat Februar 2010

■ **15. Februar, 10 Uhr**
Erwerbslosenfrühstück
Zentrum für Integration e.V.
Demmeringstraße 115,
04177 Leipzig

■ **8. Februar, 14 Uhr**
Kraftfahrerschulung Nord
Mütterbegegnungszentrum
der Stadt Leipzig, Klingen-
thaler Straße 14, 04349 Leip-
zig

IN KÜRZE

Meldung nach Umzug oder Kontoänderung

Das Leben bringt Verände-
rungen. So haben viele IG
Metall-Mitglieder aus priva-
ten oder beruflichen Grün-
den ihre Wohnung gewech-
selt. Wir bitten nicht zu
vergessen, die neue Adresse
auch der IG Metall zu mel-
den. Ansonsten können wir
unsere Mitglieder nicht mehr
per Post erreichen und unsere
metallzeitung kann auch
nicht mehr zugestellt werden.
Alle Kolleginnen und Kolle-
gen, bei denen sich die Bank-
verbindung ändert, bitten wir
um eine kurze Rückmeldung:
Telefon 0341 – 48 62 940, per
E-Mail: leipzig@igmetall.de

MELDUNG

Rentenberatung in der Verwaltungsstelle

Termine für die kostenlose
Rentenberatung können vo-
raussichtlich erst wieder ab
März 2010 vergeben werden.
Wir bitten unsere Mitglieder
um Verständnis.

Impressum

IG Metall Leipzig
Erich-Zeigner-Allee 62
04229 Leipzig
Telefon 03 41 – 4 86 29-0

Redaktion: Sieglinde Merbitz
(verantwortlich)

Engagiert – dann rausgeflogen?

DAS RECHT WURDE HART ERKÄMPFT

Aktive Jugend- und Auszubildendenvertreter haben ein
Recht auf unbefristete Übernahme.

Mitglieder der Jugend- und Aus-
zubildendenvertretung (JAV) ha-
ben viele Aufgaben zu erfüllen. Sie
müssen überwachen, dass die Ar-
beitsgesetze eingehalten werden,
sie müssen ein offenes Ohr für
Probleme der Auszubildenden ha-
ben, sie kämpfen mit dem Be-
triebsrat für Verbesserungen in
der Ausbildung und vieles mehr.
Dass es dabei nicht immer ganz
harmonisch zugeht, ist klar. Schließ-
lich vertritt die JAV die In-
teressen der Auszubildenden. Auch
wenn es konkrete Konflikte zwi-
schen Azubis und Ausbildern gibt,
ist es die JAV, die mit ihrem Gesicht
auftritt und Zähne zeigt. Deshalb
sind in Deutschland engagierte
JAV-Mitglieder besonders ge-
schützt. Laut Betriebsverfassungs-

gesetz (Paragraf 78 a BetrVG) ha-
ben sie das Recht auf ein unbefris-
tetes Vollzeitarbeitsverhältnis,
wenn sie dies innerhalb der letz-
ten drei Monate vor Beendigung
des Berufsausbildungsverhältnis-
ses schriftlich bei der Personalab-
teilung beantragen. Bevor die JAV
das tut, sollte sie mit ihrem Be-
triebsrat sprechen, um sich Rat
und Unterstützung zu holen. Hat
die JAV den entsprechenden An-
trag rechtzeitig gestellt, ist ein un-
befristetes Arbeitsverhältnis zu-
stande gekommen. Will der Chef
das JAV-Mitglied auf keinen Fall
übernehmen, dann kann er bis
zwei Wochen nach Beendigung
der Ausbildung beim Arbeitsge-
richt Widerspruch einreichen.
Das Gericht muss dann prüfen, ob

das JAV-Mitglied tatsächlich unter
Berücksichtigung aller Umstände
nicht im Betrieb weiterbeschäftigt
werden kann. Spätestens, wenn der
Arbeitgeber das Arbeitsgericht an-
ruft, sollte das betroffene JAV-Mit-
glied Kontakt mit der IG Metall-
Verwaltungsstelle aufnehmen.
Dort gibt es Sachkundige, die auf-
passen, dass keine Fristen versäumt
werden.

Die Gewerkschaftsjugend hat
diesen gesetzlichen Übernahme-
anspruch hart erkämpft und so
aktiven JAVen für ihre Arbeit den
Rücken gestärkt. Es ist nun nicht
mehr möglich, JAVen für ihr En-
gagement im Betrieb mit der Ver-
weigerung der Übernahme zu be-
strafen. Kontakt:

► Steffen.reissig@igmetall.de

Die Zukunft fest im Blick

Im Rahmen der Nachwuchsent-
wicklung von Führungskräften
legte die IG Metall im Jahr 2001
das Trainee-Programm auf. Wa-
ren es im ersten Jahr nur 8 Trai-
nees, sind es inzwischen über 30,
die jährlich so den professionellen
Weg in eine gewerkschaftliche
Funktion finden. Während der
einjährigen Ausbildung zum Ge-

werkschaftssekretär absolvieren
die Trainees Seminarphasen, um
die theoretischen Grundlagen für
ihre spätere Arbeit zu erlangen,
durchlaufen aber ebenso praxis-
nah alle Organisationsebenen der
Gewerkschaft.

In die Verwaltungsstelle Leip-
zig entsendet die Vorstandsver-
waltung gern Trainees, da der Mix

aus Betreuung und eigenverant-
wortlicher Arbeit in Westsachsen
für sich spricht. Im Dezember
2009 und Januar 2010 ist nun der
Thüringer Alexander Scharff in
Leipzig eingesetzt. »Die Arbeit
hier macht mir sehr viel Spaß. Das
Team ist toll und ich lerne viel.
Genauso, wie es sein soll« sagt der
25-jährige Sekretärsanwärter. ■

Projekt Zuwachsräume startet auch in Leipzig

Seit Beginn dieses Jahres läuft ein
gemeinsames Projekt Zuwachs-
räume der IG Metall-Verwal-
tungsstellen Chemnitz, Leipzig
und Zwickau.

Hier geht es darum, die Of-
fensivstrategie der IG Metall aktiv
umzusetzen. Das bedeutet, die
zweifelhafte vorhandenen Reser-
ven der Mitglieder zu gewinnen zu
nutzen. Für die Region Leipzig ha-
ben wir analysiert, dass selbst in

einer Reihe von Betrieben mit sta-
bilen Mitbestimmungsstrukturen
der Organisationsgrad nicht aus-
reichend ist, um wirkungsvoll Ar-
beitnehmerinteressen vertreten
zu können.

Insbesondere zeigt sich dieses
Problem, wenn es darum geht, eine
Tarifbindung herzustellen. In
den nächsten drei Jahren werden
sich die Kollegen Marcus Büch-
ting und Joachim Fichtner in aus-

gewählten Betrieben darum küm-
mern, Mitglieder zu gewinnen, zu
beteiligen, oder auch zurückzuho-
len.

Der Schwerpunkt des Pro-
jekts liegt in der Mitgliederent-
wicklung, um logischerweise den
Organisationsgrad zu erhöhen,
vorhandene Strukturen auszubauen
und zu festigen oder wo noch
nicht vorhanden, Betriebsräte zu
wählen. ■



Warnstreik am 12. November 2009

Tarifabschluss bei MKB geschafft

DER ERSTE TARIFVERTRAG BEI MKB IN ZWICKAU

Nach langwierigen Verhandlungen haben die Beschäftigten der Misslbeck Konstruktion- und Betriebsmittelbau GmbH & Co. KG Zwickau es endlich geschafft: Am 17. Dezember 2009 unterzeichnete die Arbeitgeberseite den ersten Tarifvertrag in der Geschichte des Standorts.



Der Tarifvertrag beinhaltet die Einführung des Era-Entgeltsystems, Regelungen zum 13. Monateinkommen sowie eine Standort- und Beschäftigungssicherung bis 2012.

Bisher waren die Löhne und Gehälter nur im Arbeitsvertrag geregelt. Damit unterlag die Höhe der Vergütung einer willkürlichen Entscheidung des Arbeitgebers. Unter dem Motto »Tarifvertrag statt Nasenprämien« gingen wir Anfang 2009 in die entscheidende

Phase. Zahlreiche Auseinandersetzungen vor dem Arbeitsgericht Zwickau und ein Warnstreik am 12. November folgten. Die breite Beteiligung der Belegschaft in allen Phasen des Konflikts bewegte das Unternehmen schließlich zum Einlenken.

Wir gratulieren den Kolleginnen und Kollegen von MKB zu ihrem Erfolg und werden sie auch weiterhin in den folgenden schwierigen Jahren unterstützen und begleiten. ■



AUSSENSTELLEN

Aue

jeden 1. und 3. Donnerstag
■ **4. und 18. Februar**
13 bis 17 Uhr
Hansa-Haus,
Wettiner Straße 2

Klingenthal

jeden 1. und 3. Dienstag
■ **2. und 16. Februar**
14 bis 17 Uhr
Lindenstraße 3

Annaberg-Buchholz

jeden 3. Dienstag im Monat
■ **16. Februar**
14 bis 17 Uhr
DGB-Erzgebirge,
Straße der Einheit 18,
09456 Annaberg

Plauen

jeden 1. und 3. Dienstag
■ **2. und 16. Februar**
13 bis 17 Uhr
Martin-Luther-Straße 42

Auerbach

jeden 1. und 3. Donnerstag
■ **4. und 18. Februar**
15.30 bis 17.30 Uhr
ABC-Altmarkt 9

Reichenbach

letzten Dienstag im Monat
■ **24. Februar**
15 bis 17 Uhr
Haus der Volkssolidarität,
Solbrigstraße 16,
Wohnung Nr. 14, Erdgeschoss

Impressum

IG Metall Zwickau
Bahnhofstraße 68–70
08056 Zwickau
Telefon 03 75 – 27 36-0
Fax 03 75 – 27 36-500
E-Mail: zwickau@igmetall.de

Internet:
► www.zwickau.igmetall.de
Redaktion: Stefan Kademann
(verantwortlich), Sebastian
Wowra